

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 20. Februar 2023

Standortnachteil Deutschland?

Wolfgang Steiger

sieht Deutschland durch eine Vielzahl an Sozialgeschenken eher für eine Einwanderung in das Sozialsystem als in den Arbeitsmarkt attraktiv.

Der Standort Deutschland verliert rasant an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Eine gruselige Mixtur aus überbordender Bürokratie, galoppierenden Kosten und hohen Steuern gefährdet die Grundlagen unseres Wohlstands. Vor allem der hohe Strompreis ist Gift für eine Wirtschaft, die sich von fossilen Energieträgern immer mehr verabschiedet. Gerade als Industriestandort in der Transformation braucht Deutschland günstige Energie, um Anreize zu schaffen, fossil betriebene Anlagen auf CO₂-freie Systeme auf Basis von Wasserstoff oder Elektrizität umzurüsten.

Doch treibt die kurzfristige Energiepolitik der Bundesregierung, mit einer Beibehaltung des Fracking-Verbotes, Abschaltungen lauffähiger Kernkraftwerke und der ausbleibenden übergangsweisen Nutzung aller vorhandenen Kohlekraftwerke die nationalen Strompreise weiter in die Höhe. Die Verteufelung der Kernkraft isoliert Deutschland außerdem zusehends in energiepolitischen Fragen mit unseren europäischen Nachbarn.

Doch selbst günstiger Strom und die beste Wasserstoffinfrastruktur der Welt helfen nicht, wenn die Köpfe ausbleiben, die mit aller Energie Güter erfinden und produzieren, die das Leben leichter machen. Schon heute fehlen Deutschland Tausende Arbeits-



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

und Fachkräfte. Mit ihrer laissez-fairen Sozialpolitik regt die Ampel-Koalition jedoch weder zu Leistung an, noch motiviert sie Leistungsträger aus anderen Ländern, sich in Deutschland Wohlstand aufzubauen. Vielmehr ist die Bundesrepublik Deutschland durch eine Vielzahl an Sozialgeschenken eher für eine Einwanderung in das Sozialsystem als in den Arbeitsmarkt attraktiv.

In den nächsten Wochen wird die EU außerdem unter Applaus der Bundesregierung das verschärfte Lieferkettenschutzgesetz verabschiedet. Neben enormen Rechenschaftspflichten und einem erheblichen Bürokratieaufwand, schwächt es vor allem die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In Zeiten von angespannten Lieferketten und einem steigendem Bedarf an wichtigen

Rohstoffen für die Energiewende, erschwert die Politik den eigenen Unternehmen ohne Not das Leben in ohnehin herausfordernden Zeiten. Des Weiteren ist die Wirkung des Lieferkettenschutzgesetzes mehr als fraglich. Wenn europäische Firmen Märkte, aus Angst vor möglichen Strafen, chinesischen Unternehmen überlassen, hat dies negative Auswirkungen auf die Umwelt- und Sozialstandards vor Ort.

Immens hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und eine ausufernde Bürokratie lassen die Attraktivität des Standortes Deutschland immer weiter sinken. Es verwundert daher nicht, dass viele Unternehmen mit dem Gedanken spielen, neue Investitionen eher in den USA oder Asien zu tätigen, und sich in Deutschland und Europa nur noch um die Instandhaltung früherer Investitionen kümmern. Mit dem „Inflation Reduction Act“ haben die USA zudem ein milliardenschweres Investitionspaket verabschiedet, das Deutschland und Europa jetzt dazu zwingt, kluge Rahmenbedingungen für den Standort zu setzen.

Ohne ein grundsätzliches Umsteuern in den zentralen wirtschaftspolitischen Fragen sowie eine durch neue Handelsabkommen flankierte, selbstbewusste Standortpolitik in Europa, droht der Wohlstand unseres Landes langsam aber sicher zu einem Museumsstück zu werden.